

Zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ/DDR

Jede Erörterung kommunistischer bzw. stalinistischer Politik in Deutschland – und die Geschichte der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1991 gehört zu den inzwischen bilanzwürdigen Ergebnissen dieser Politik – hat eine unumstößliche Prämisse zu beachten: Es ist erst die von deutscher Seite in entscheidendem Maße zu verantwortende Auslösung des Zweiten Weltkrieges gewesen, die im Verlaufe einer kollektiven Krafterstrebung der internationalen Staatengemeinschaft, namentlich der sog. Anti-Hitler-Koalition, die Voraussetzungen dafür schuf, daß ein anderer Hegemonialanspruch – der des bolschewistischen Rußland bzw. Stalins – in Deutschland derart virulent werden konnte, daß heute daran gegangen werden muß, die Geschichte der daraus entstandenen SED-Diktatur und ihrer Folgen aufzuarbeiten.

I.

Der in der Vorbemerkung genannte Faktor „Sowjetunion“ spielt im Zusammenhang von Entstehen und Entwicklung sowie nicht zuletzt für das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine ausschlaggebende Rolle, jedoch ist zuvörderst festzuhalten: Die Errichtung einer deutschen demokratischen Republik ist eine deutsche Idee. Der 1949 geschaffene Staat DDR geht in wesentlichen Merkmalen auf Vorstellungen und Prinzipien der KPD aus den 30er Jahren zurück. Nachdem im Jahre 1935 mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die bis dahin gültige ultralinke Parteilinie der deutschen Kommunisten aufgegeben worden war, ließen taktische Überlegungen im Rahmen der eingeschlagenen Volks- und Einheitsfrontpolitik die Forderung nach einer großen Sowjetrepublik als unzeitgemäß erscheinen. Ohne das große Ziel eines „Sowjet-Deutschland“ gänzlich aus den Augen zu verlieren, machten Äußerungen führender Funktionäre der KPD seinerzeit deutlich, daß die KPD in der zweiten Hälfte der 30er Jahre für ein Deutschland nach Hitler eine „demokratische Volksrepublik“ (oder „Volksrepublik Deutschland“) favorisierte.

II.

In seiner inhaltlichen Ausgestaltung sollte sich diese „demokratische Volksrepublik“ von der Weimarer Republik deutlich unterscheiden. Dem Weimarer Staat – dessen entscheidendes Manko es nach einem Kommentar Anton Ackermanns war, nicht als „ein fortschrittlich revolutionäres Staatswesen“ entstanden zu sein – wurde vorgeworfen, insbesondere die Zerschlagung des „reaktionären Staatsapparates“ und die Vernichtung „der schlimmsten Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten“ versäumt zu haben. Demzufolge verordnete eine Ausarbeitung der KPD vom Juni 1936 einem neuen deutschen Staat nach Hitler die Auflage, sich vor allem um die – im kommunistischen Verständnis – „feudalen Überreste“ und „kapitalistischen Säulen“ der deutschen Gesellschaft zu kümmern: Für den agrarischen Bereich wurde eine Bodenreform angekündigt, und auch im industriellen Sektor wurden schwerwiegende Eingriffe in Aussicht gestellt. Darüber hinaus war die Rede davon, den Staatsapparat, aber auch Heer und Marine sowie alle öffentlichen Ämter von „volksfeindlichen, faschistischen Elementen“ zu säubern. Bezieht man die bis zur sog. Berner Konferenz der KPD von 1939 gemachten Aussagen der deutschen Kommunisten über ein Volksfrontdeutschland mit ein, dann wurden mit diesem Staat u. a. die folgenden – auch für die spätere DDR relevanten – Merkmale verbunden:

- eine besondere außenpolitische Bindung an die Sowjetunion,
- drastische Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen (u. a. Enteignung „des faschistischen Trustkapitals“ und Durchführung einer „demokratischen Bodenreform“),
- die Schaffung eines verlässlichen Beamten- und Polizeiapparates sowie einer zuverlässigen Armee („Volksarmee“),
- die Schaffung der „einigen Arbeiterklasse“,
- das Fernhalten sog. bürgerlicher Kräfte von den Schaltstellen der politischen Macht („die einige Arbeiterklasse . . . wird das Schicksal des Landes bestimmen“)
und nicht zuletzt
- die Fortsetzung des Kampfes „um den Sozialismus“ („die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel“ gewinnen).

III.

Die Vorstellung von einer solchen deutschen demokratischen Republik ist offenbar auch in dem Moment präsent gewesen, als deutsche Truppen in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einfielen.

Offensichtlich von der Überzeugung getragen, daß die deutsche Arbeiterklasse mittels einer bewaffneten, revolutionären Erhebung dem nationalistischen Spuk in Deutschland ein Ende bereiten werde, richteten die Angehörigen der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und ihre zahlreichen deutschen Helfer – von Anton Ackermann bis Hedda Zinner – seinerzeit ihre Bemühungen darauf, diesen erwünschten revolutionären Prozeß in Deutschland zu beschleunigen und die – gelegentlich sogar als „Genossen“ angesprochenen – Soldaten der deutschen Angriffsdivisionen „in dutzendfacher Wiederholung“ aufzufordern, zur Sowjetarmee überzulaufen, die Waffen umzukehren und für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Darüber hinaus ergingen an die Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie detaillierte Anweisungen, „was zu tun und zu lassen sei, damit die deutsche Kriegsmaschine zum Entgleisen gebracht wird, damit Räder und Getriebe stehen bleiben, Eisenbahnzüge zusammenstoßen und damit der Prozentsatz von Ausschuß und Blindgängern in der Rüstungsproduktion hoch ist“. Mit dieser „politisch-moralischen Aktivierung“ war die Erwartung verbunden, den – aus Moskauer Sicht – vermeintlich unmittelbar bevorstehenden „Volkskampf“ so zu unterstützen, daß nicht nur die Ablösung Hitlers erreicht, sondern zugleich „die Umstrukturierung des politisch-sozialen Systems in Deutschland“ eingeleitet werden könne.

IV.

Erst die im Laufe des Herbstes 1941 unter den kommunistischen Funktionären der Moskauer Emigration um sich greifende Erkenntnis, daß es Hitler gelungen sein könnte, „das Klassenbewußtsein der [deutschen] Arbeiter auszulöschen“ (K. L. Selesnjow), nicht zuletzt aber auch das spezielle – an der Existenzsicherung des Sowjetstaates orientierte – Interesse Stalins führten zu einer taktischen Variante im Vorfeld eines neuen Deutschland, die später immer wieder einmal als eine Keimzelle der DDR bezeichnet worden ist und in der Aufwertung einer – auf sowjetische Initiative hin gegründeten – nationalen Sammlungsbewegung deutscher Hitlergegner bestand: Die Rede ist vom Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Diese „deutsche Anti-Hitler-Koalition“ widersprach der in Casablanca verkündeten deutschlandpolitischen Standardformel des alliierten Bündnisses gegen Hitler, der Übereinkunft über eine „bedingungslose Kapitulation“, und hat zunächst eher den Eindruck erweckt, als habe es sich um ein Druckmittel der sowjetischen Politik gegenüber den westlichen Alliierten gehandelt. Indessen gibt es ernsthafte Anzeichen dafür, daß mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in erster Linie die deutsche Wehrmachtführung und eine – vermeintlich vorhandene – innerdeutsche Opposition endlich dazu veranlaßt werden sollten, zu dem – immer noch erwarteten – Schlag gegen Hitler auszuholen. Es hat den Anschein, als habe die Sowjetunion als einzige der gegen Hitlerdeutschland

kämpfenden Mächte dem innerdeutschen Widerstand – gemeint ist der kommunistische – „einen deutlichen Hinweis“ geben wollen, dazu bereit zu sein, „mit einer deutschen Widerstandsregierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln“.

V.

Die Bewegung „Freies Deutschland“ blieb zwar gegenüber der Wehrmacht und gegenüber innerdeutschen Widerstandsgruppen ohne Resonanz, löste jedoch einen Effekt aus, der eine Intensivierung der anglo-amerikanischen Bemühungen um eine Erörterung der Neuordnung Europas – und damit Deutschlands – nach dem Kriege zur Folge hatte. Das führte zu einer kurzfristigen, in der Folgezeit, d. h. in den folgenden fünfzig Jahren, nicht wieder erreichten Phase der interalliierten Kooperation. In dieser Phase einer bemerkenswerten Solidarität zwischen Moskau einerseits sowie London und Washington andererseits sind – nach einer wichtigen Vorentscheidung im Hinblick auf die Festlegung der künftigen deutschen Ostgrenze im Verlaufe der Konferenz von Teheran im Herbst 1943 – wichtige Abmachungen in der „deutschen Frage“ erfolgt: zum ersten die Festlegung des Kapitulationsvorganges, zum zweiten das Abkommen über die Einzelheiten der militärischen Besetzung Deutschlands (u. a. Festlegung der Besetzungszonen, Art und Weise der Durchführung der Besetzung) und zum dritten die Vereinbarung über die alliierten Kontrolleinrichtungen. Es muß hervorgehoben werden, daß die sowjetische Seite diese eher technischen Rahmenvereinbarungen zwar akzeptierte, aber – und das ist für den weiteren Gang der Dinge in Deutschland maßgeblich geworden – nicht bereit war, Maßnahmen von politischer Tragweite – wie z. B. die Erörterung oder gar Festlegung der Prinzipien einer gemeinsamen Besatzungspolitik für Deutschland – ernsthaft zu diskutieren, geschweige denn zu entscheiden.

VI.

Diese – frühe – sowjetische Verweigerungshaltung hängt mit der um die Jahreswende 1944/45 immer deutlicher erkennbar werdenden Absicht Stalins zusammen, in Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Europa wie des neuen Deutschland freie Hand zu behalten, konkreter gesprochen: auch in Deutschland den Kräften „der Demokratie, des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts“ zum Durchbruch zu verhelfen. Immer noch auf eine innerdeutsche Erhebung fixiert, bereiteten sowjetische Funktionäre zusammen mit der Moskauer Parteiführung der KPD um Wilhelm Pieck den Weg aus der „deutschen Misere“ (A. Abusch). Wenn man den Aufzeichnungen des Parteivorsitzenden Pieck aus seiner Moskauer Emigrationszeit folgt, dann

sollte sich der Neuaufbau in Deutschland nach dogmatisierten Grundsätzen vollziehen, die er und seine Genossen aus Lenins Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ bezogen. Die deutschen Kommunisten identifizierten sich unter Anleitung Georgi Dimitroffs, damals Leiter der Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU, vorbehaltlos mit den taktischen Ratschlägen, die Lenin im Sommer 1905 seinen bolschewistischen Anhängern in den sozialdemokratischen Gruppen und Zirkeln des zaristischen Rußlands erteilt hatte, weil sie sich in einer vergleichbaren Situation wähnten: nämlich am Vorabend einer „demokratischen Revolution“. Pieck hob besonders hervor, daß Lenin seinerzeit den Rat erteilt habe, ein Aktionsprogramm aufzustellen, das „den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie“ entspreche. Unter diesem „Minimalprogramm“ hatte der Führer der Bolschewiki seinerzeit „das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen“ verstanden, „die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus, notwendig sind“.

VII.

Als „Minimalprogramm“ des Jahres 1944 im Hinblick auf Deutschland erarbeitete eine zwanzigköpfige Arbeitskommission – der das Gros der führenden Funktionäre der Moskauer Emigration der KPD von Pieck, Ulbricht, Ackermann, Florin über Becher, Herrstadt und Hoernle bis hin zu Wandel, Weinert und Winzer angehörte – ein „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“, das für den „Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ in Deutschland unmißverständlich klar machte, daß die KPD – und damit selbstverständlich auch die sie stützende sowjetische Führung – beim Neuaufbau eines deutschen Staates nichts dem Zufall überlassen wollte und – vor allem – unter Berufung auf ihre Analysen der Lage im Lande einen politischen Führungsanspruch erhob. Jetzt bestehe die Chance, so hat Walter Ulbricht seinen Genossen in Moskau die sich aus dieser Sicht abzeichnende besondere Situation in Deutschland kurz vor Ende des Krieges beschrieben, nicht nur mit Hilfe der Sowjetunion und der Roten Armee wieder auf die Beine kommen, sondern auch die Führung der Nation übernehmen zu können.

VIII.

Die Auffassung, daß die Kader der deutschen Kommunisten die maßgebliche Rolle bei der staatlichen Neugestaltung Deutschlands zu spielen hätten, wäre ohne Auswirkungen geblieben, wenn sie nicht von Stalin geteilt und unterstützt worden wäre. Diese Haltung ist frühzeitig zu erkennen gewesen. In der Situation des Jahres 1945 fiel es zudem besonders ins Gewicht, wenn Moskau seinerzeit den Anspruch erhob, mit seiner Auslegung der Beschlüsse der alliierten Gipfelkonferenzen und mit den programmatischen Ausarbeitungen der Moskauer Führungsspitze der KPD den einzig gangbaren Weg in der deutschen Frage weisen zu können. Für Stalin gehörte es in diesem Zusammenhang offenbar zu den unverzichtbaren Zielsetzungen, die deutsche Reichshauptstadt von Truppen der Roten Armee erobern zu lassen. Für ihn war die Einnahme der Hauptstadt des „Dritten Reiches“ zweifellos „eines der wichtigsten Ziele der letzten Etappe des Krieges in Europa“, weil aus seiner Sicht mit der Berliner Operation „die wichtigsten militärischen und politischen Fragen“ entschieden werden konnten, „von denen die Struktur Deutschlands nach dem Krieg und die politische Stellung dieses Landes innerhalb Europas“ abhingen (G. K. Schukow). Für ihn, der in der Tradition eines von seinen jeweiligen Hauptstädten nachhaltig geprägten Imperiums lebte, stand fest, daß von den ersten politischen Maßnahmen der Eroberer der deutschen Reichshauptstadt „in vielem die Nachkriegsentwicklung mit bestimmt“ (Kutschinskaja) werden würde.

IX.

Für die deutschen wie für die sowjetischen Kommunisten dürfte es zu den größten Enttäuschungen ihrer politischen Laufbahn gehört haben, im Frühjahr aus der Ferne zusehen zu müssen, wie das Ringen um Deutschland im harten Kampf gegen das deutsche Volk erfolgte. Die seit Kriegsbeginn immer wieder gehegten Hoffnungen auf einen innerdeutschen Volksaufstand erwiesen sich nunmehr endgültig als Illusion – was Anton Ackermann in einem Zeitschriftenartikel unmittelbar nach der Konferenz von Jalta heftig beklagte. Während die Moskauer Emigranten im Falle eines gewaltsamen Umsturzes im „Dritten Reich“ davon ausgegangen wären, einer „revolutionär-demokratischen Volksmacht“ (Günter Benser) die Schlüsselstellungen in Staat und Gesellschaft sichern zu können, komplizierte die Zerschlagung des Hitlerreiches durch die Truppen der sog. Anti-Hitler-Koalition die Lage kurzfristig beträchtlich. Im Blick auf das erforderlich werdende Arrangement mit den westlichen Besatzungsmächten mußten die Funktionäre der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und der Parteiführung der KPD all ihre detaillierten Pläne und Vorstellungen von einer revolutionären Umgestaltung Deutschlands zu-

rücknehmen und sich vorerst mit kleineren Schritten sowie mit einem eingeschränkten Territorium, der sowjetischen Besatzungszone begnügen. Kurzfristig konzentrierte sich der Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ sogar nur auf die Bildung „zuverlässiger“ örtlicher Verwaltungen. Die bei dieser Gelegenheit von vornherein geübte Praxis warf freilich ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der neuen Ordnung. In jedem Falle sollten nämlich die Schlüsselpositionen, z. B. die Dezernate für Personalfragen, für Volksbildung und für den Aufbau der Polizei, zuverlässigen kommunistischen Funktionären vorbehalten bleiben. „Es ist doch ganz klar“, so hat das Walter Ulbricht die politischen Maxime in dieser Phase des Neubeginns erläutert, „es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“

X.

Der sowjetischen Besatzungsmacht ist es vorbehalten geblieben, in enger Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Funktionären der KPD den Zeitpunkt festzulegen, ab dem die ersten Maßnahmen für eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in der sowjetischen Besatzungszone, stets gedacht als Vorbild für ganz Deutschland, eingeleitet wurden. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Gelegenheit in den Jahren 1945 bis 1949 Stichworte wie „Demokratisierung Deutschlands“, „Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus“, „Liquidierung der deutschen Rüstungsindustrie“, „Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands“ oder „Verhinderung neuer Agresionen von Seiten Deutschlands“ aus den Diskussionen und Beschlüssen der Gipfelkonferenzen von Jalta und Potsdam durchaus Berücksichtigung fanden – freilich in ihrer sowjetischen Interpretation. Mit dem Aufbau eines straff kontrollierten Parteiensystems (Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945), der Gründung kommunistisch kontrollierter Massenorganisationen, der Verstaatlichung von Banken und Versicherungen, dem Aufbau deutscher Zentralverwaltungen (Befehl Nr. 17 der SMAD vom 25. Juli 1945), der Durchsetzung einer „demokratischen Bodenreform“ (Motto: „Junkerland in Bauernhand!“), der Industrienteignung („Volksentscheid“ 1946 in Sachsen) und der „Demokratisierung“ des Schulwesens bis hin zur Ausarbeitung einer Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik im Jahre 1946 schälte sich im Rahmen der sowjetischen Besatzungszone alsbald jenes Deutschland-Modell heraus, das den deutschen Kommunisten Moskauer Prägung und ihren sowjetischen Vorbildern schon lange vorgeschwebt hatte. Die anderen Besatzungsmächte scheinen in diesem Zusammenhang als lösbares Problem empfunden worden zu sein: „Wir werden den Anglo-Amerikanern zusammen mit den Truppen der Sowjetarmee ein derartiges Dünkirchen bereiten“, so erklärte der brandenburgische Innenminister Bechler (SED), ein ehemaliger Wehrmachtsmajor, im Sommer 1949 vor dem Offiziersnachwuchs in der Polizeischule Frankfurt an

der Oder, „daß ihnen die Lust und das Interesse an Deutschland ein für allemal vergeht.“

XI.

Dieses – in den Grundzügen also bereits in den Jahren 1945 bis 1949 ausgeprägte – Deutschland-Modell erfuhr am 7. Oktober 1949 seine staatliche Aufwertung in Form der DDR. Nicht ohne Grund schrieb Stalin in seinem vielzitierten Grußtelegramm vom 13. Oktober 1949 anlässlich dieser Gründung nicht nur von der DDR als dem „Wendepunkt in der Geschichte Europas“, sondern auch davon, daß die DDR der „Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“ sei. In der Gründung der DDR, so präziserte ein enger Vertrauter Stalins, der stellvertretende Ministerpräsident Malenkov, komme der Prozeß „des Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes“ zum Ausdruck. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesen „demokratischen Kräften“ Funktionäre wie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gemeint waren, nicht aber westdeutsche Politiker wie Konrad Adenauer und Kurt Schumacher. Wenn Pieck am 11. Oktober 1949 nach seiner Wahl zum Präsidenten der DDR von den „Brüdern und Schwestern“ sprach, die in den Westzonen „unter dem entwürdigenden Druck eines der deutschen Bevölkerung von den westlichen Besatzungsmächten aufgezwungenen Besatzungsstatuts“ lebten, oder Grotewohl einen Tag später in seiner Regierungserklärung die Bundesrepublik Deutschland als einen Staat zu disqualifizieren trachtete, der schon in seiner Geburtsstunde „alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges“ aufweise, dann wurde damit nur der Anspruch verdeutlicht, daß die DDR von ihren Funktionären und nicht zuletzt aus Moskauer Sicht als „deutsches Kerngebiet“ (W. Pieck), als deutsches Piemont verstanden wurde.

XII.

Für die Gründung wie für die weitere Entwicklung des ersten „Arbeiter- und Bauernstaates“ auf deutschen Boden, wie die DDR von ihren Befürwortern in Ost und West gern verstanden werden wollte, sind zwei Faktoren ausschlaggebend gewesen: zum einen die Turbulenzen des nach 1947 offen ausbrechenden Kalten Krieges, zum anderen die Sowjetunion mit ihrem – nicht zuletzt aus der Autorität des Sieges „über den Faschismus“ hergeleiteten – Anspruch, an der Neugestaltung Europas entscheidend beteiligt zu werden. Diesem Interesse Moskaus kam entgegen, daß es sich mit den Kadern der KPD bzw. SED auf eine skrupellose Machtelite stützen konnte, für die der Sowjetstaat unbedingten Vorbildcharakter besaß. Die „bewußten Antifaschisten“ um Ulbricht

und Honecker, die sich stets auch von den Grundsätzen ihrer „sozialistischen demokratischen Weltanschauung“ leiten ließen, haben – mit der DDR als Kernstaat – über vier Jahrzehnte hinweg die Weichen in Deutschland in Richtung auf eine Auffassung von Demokratie zu stellen versucht, von der ein „Aktivist der ersten Stunde“ wie der Liberaldemokrat Johannes Dieckmann, der spätere langjährige Präsident der Volkskammer der DDR, schon 1945 zu sagen wußte, daß sie, „wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein [werde] als der des Westens“.

Wer die Frühgeschichte des Sowjetstaates, etwa die Jahre zwischen 1918 und 1932, kennt, der würde bestätigen müssen, daß KPD bzw. SED alles getan haben, um diesem bolschewistischen Vorbild nachzueifern. Maßnahmen oder Vorgänge wie beispielsweise die Einführung der staatlichen Handelsorganisation, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Durchsetzung handwerklicher Produktionsgenossenschaften, der „Sturm auf die Festung Wissenschaft“, die Gleichschaltung der Gewerkschaften oder der Kampf gegen die Kirche im Zeichen eines militanten Atheismus hatten alle ihr Vorbild im frühen Sowjetrußland. Die Renommiertruppe des Ostberliner Wachregiments trug nicht ohne Grund den Namen Feliks Dzierzynskis, des Begründers der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“, der sog. Tscheka. Und um den Faktor „Kalter Krieg“ nicht zu vergessen: Natürlich hat die DDR an der Seite Moskaus auch eine zentrale, bisher eher verkannte Rolle in der Ost-West-Auseinandersetzung gespielt. Diese bedingungslose Bindung an den Sowjetstaat hat freilich – Ironie des „unverbrüderlichen“ Bruderbundes DDR/UdSSR – auch das Ende des deutschen „Friedensstaates“ herbeigeführt und damit dessen brüchige Fundamente offengelegt. Als nämlich die polnische Solidarnosc Anfang der 80er Jahre den Ostblock aufzusprengen begann und auf diese Weise den Anfang vom Ende des Kalten Krieges markierte, sich in der Folge zudem die Sowjetunion – wie der Zarenstaat des 19. Jahrhunderts – als ein „Koloß auf tönernen Füßen“ erwies, war das Schicksal des „real existierenden Sozialismus“ auf deutschem Boden besiegelt, das Ende der DDR geradezu zwangsläufig.

(Vortrag in der nichtöffentlichen – 5. – Sitzung am 8.5.1992)